

HILTRUP



heute und morgen

Herausgeber: S P D-Ortsverein Hiltrup
Anschrift: Loddenweg 11, 4400 MS-Hiltrup

Mitferausgeber: S P D-Fraktion
in der BV Hiltrup

Redaktion: Jürgen Wimber und
(verantw.) Jürgen Schraeder Auflage:
7.000 Stück

EN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN

Wolfgang Krause

Was ist los am



Merkureck ?!

Die Bewohner der nördlichen Teile der Stadtteile Hiltrup und Amelsbüren müssen erneut befürchten, demnächst von Lärm und Abgasen einer Autobahn zwischen Münster und Bielefeld belästigt zu werden. Obwohl aus dem Bedarfsplan für den Neubau von Bundesfernstraßen nach heftigem Bürgerprotest gestrichen, scheinen Teile der münsterschen C D U weiterhin an diesem Plan festhalten zu wollen.

Dies läßt sich jedenfalls verschiedenen Erklärungen entnehmen, die durch Angehörige der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Hiltrup in den letzten Wochen abgegeben wurden.

Auf einer als "öffentlichen Fraktionssitzung" bezeichneten Diskussionsveranstaltung hatten nach einem Bericht der Münsterschen Zeitung deren Vertreter Überraschend ihre ablehnende Haltung zu einer Erweiterung des schon bestehenden Gewerbegebietes "Am Merckureck" mit Erfordernissen des Gewässerschutzes und der Auflage begründet, dieses Gebiet für die Trasse der B 67 n freizuhalten.

Eine ähnliche Erklärung hatte kurz zuvor der CDU-Fraktionsvorsitzende Nolte während der Hauhaltsberatungen in der Bezirksvertretung abgegeben.

Damit scheint die Hiltruper C D U

erstmalig öffentlich von ihrer bisher nach außen hin vertretenen Position der Ablehnung dieser Straßenbaupläne abzurücken.

Sie nähert sich damit ihrem Kreisverband und auch der CDU-Ratsfraktion an, die sich auf Grund des Einflusses der münsterschen Wirtschaft schon immer für eine solche Fernstraßenverbindung eingesetzt hatten.

Entzündet hatte sich der kommunalpolitische Streit an der Frage der künftigen Nutzung von wenigen Hektar Brachland, die nördlich des bestehenden Gewerbegebietes "Am Merckureck" zwischen Westfalenstraße und Hohe Geest gelegen sind.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Münster, der nach der kommunalen Neugliederung und Eingemeindung der ehemals selbständigen Gemeinde Hilstrup aufgestellt worden war, sieht für dieses Gebiet die Ansiedlung von Gewerbebetrieben vor. Aufgrund der Planungen für die Autobahn A 43 bzw. die Bundesstraße B 67 n hatte der Regierungspräsident im Jahre 1981 dieses Gebiet von der Genehmigung des Flächennutzungsplanes ausgenommen, sodaß planungsrechtlich ein weißer Fleck im Flächennutzungsplan entstand.

Alle Hilstruper Parteien einschließlich der CDU haben daraufhin in vielen Verlautbarungen ihre ablehnende Haltung zu dem Straßenbauprojekt deutlich gemacht.

Ein Gutachten Aachener Verkehrswissenschaftler aus dem Jahre 1982 bestätigte die Auffassung der SPD, daß der Straßenneubau völlig überflüssig sei. Im November des Jahres 1983 stellte die SPD-Ratsfraktion den Antrag, aufgrund des Gutachtens den fehlenden Bedarf für diese Straße festzustellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der Hilstruper CDU-Ratsherren Dr. Tölle und Reisener, die sich zuvor öffentlich immer wieder gegen den Bau der B 67 neu ausgesprochen hatten!!!

Erst nachdem im Jahr 1984 die Autobahn Münster - Bielefeld aus dem Bedarfsplan des Bundes gestrichen wurde, war die CDU-Bezirksfraktion bereit, eine Ausweisung dieses Gebietes als Gewerbefläche mitzutragen. Am 5. Dezember 1984 beschloß die Bezirksvertretung auf Antrag der SPD: "Die BV erneuert ihren Beschluß, für das Gebiet am Merckureck unzulässig einen Bebauungsplan auszuweisen, der die dort vorhandene Freifläche als Gewerbegebiet ausweist."

Heute, zwei Jahre später, will die CDU von ihren damaligen Beschlüssen nichts mehr wissen. Einen Antrag der SPD-Fraktion, im Haushalt für das Jahr 1987 endlich Gelder bereitzustellen, um einen Bebauungsplan in Angriff nehmen zu können, hat sie abgelehnt.

Um jedoch einer erneuten Diskussion um die Trasse der B 67 n zu entgehen, hat sie sich das Argument des Grundwasserschutzes einfallen lassen. Das Gelände "Am Merckureck" gehört nämlich, wie auch andere Teile Hilstrups, in die Grundwasserschutzzone I, bzw. in unmittelbarer Nähe der Pumpstation zur Grundwasserschutzzone III, weil es sich über einer Kiessand-Erdschicht befindet, die für die Trinkwassergewinnung in der Stadt Münster von außerordentlicher Bedeutung ist. Diese geologische Formation, auch als Kiessand zug Urems-Werse-Rinne bezeichnet, zieht sich von Nord nach Süd durch die Stadt.

Wer jedoch länger in Hilstrup lebt, wird sich daran erinnern, daß das Gebiet "Am Merckureck" von einem Hilstruper Bauunternehmer bis in die 60er Jahre als Kies- und Sandgrube ausgebeutet worden ist.

Anschließend wurden die ehemaligen Kiesgruben mit Bauschutt und Müll wieder aufgefüllt. Es ist also nicht völlig ausgeschlossen, daß es aufgrund der früheren Nutzung mit der für die Wassergewinnung wichtigen Kiessand-Schicht nicht mehr allzuweit her ist!

Wenn dort wirklich Müll abgelagert wurde, wie manche behaupten, müßte man im Gegenteil sogar eher eine Gefährdung unseres Grundwassers befürchten.

Dies ist sicherlich auch der örtlichen CDU bekannt; offenbar vertraut sie jedoch auf das schlechte Erinnerungsvermögen der Bürger. Hinzu kommt, daß diejenigen, die beabsichtigt haben oder wieder beabsichtigen, das Merckureck mit einer Autobahn zubetonieren zu wollen, als Schützer des Grundwassers an eben dieser Stelle nicht sonderlich glaubhaft wirken.

Was ist also zu tun?

1. Die Planung einer Autobahn oder Schnellstraße im Norden der Stadtteile Hilstrup und Amelsbüren müssen endlich zu den Akten gelegt werden. Dazu ist es erforderlich, daß im Bereich der vorgesehenen Trasse Bebauungspläne aufgestellt werden, die dies auf Dauer verhindern.
2. Am Merckureck muß untersucht werden, was dort in früheren Zeiten ausgebagert und was dort später verfüllt worden ist. Die spätere Nutzung dieses Gebietes muß von den in einer ökologischen Bewertung des Geländes erhobenen Befunden abhängig gemacht werden.
3. Hilstrup benötigt dringend weitere Gewerbegebiete. Die vorhandenen sind weitgehend belegt, während immer noch Bedarf wegen Vergrößerung oder notwendiger Verlegung von Betrieben besteht. Unter der Voraussetzung der ökologischen Verträglichkeit erscheint das Merckureck seiner ortsnahen und verkehrsgünstigen Lage wegen als Gewerbegebiet besonders geeignet.
4. Sollten sich aus ökologischen Gründen Bedenken gegen eine weitere Gewerbeansiedlung am Merckureck ergeben, so ist konsequenterweise auch zu prüfen, ob (oder unter welchen Auflagen) die bisher angesiedelten Betriebe verbleiben können.



In den letzten Jahrzehnten hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Natur- und Umweltschutzbewegung entwickelt. Den größten Einzelverband mit 140.000 Mitgliedern möchte ich einmal vorstellen.

Der Deutsche Bund für Vogelschutz / Deutscher Naturschutzverband hat sich im Jahre 1899 in Süddeutschland gebildet. Er blickt also schon auf eine ziemlich lange Geschichte zurück. Hat er sich damals allein mit dem Vogelschutz befaßt, so ist er heute in vielen Bereichen des Naturschutzes und der Sicherung der Lebensgrundlagen des Menschen engagiert. Er gliedert sich in Landes- und Kreis- bzw. Stadtverbände, die ihre Arbeitsschwerpunkte selber bestimmen.

So ist auch der Naturschutzverband Münster ein Stadtverband des Deutschen Bundes für Vogelschutz.

Die ersten Anfänge reichen hier in das Jahr 1978 zurück. Mittlerweile gibt es in Münster 350 Mitglieder.

Aus diesen ersten Anfängen hat sich inzwischen ein breites Betätigungsfeld entwickelt, welches sich ganz grob in fünf Schwerpunkte aufgliedern läßt.

Da ist zu nennen:
Die praktische Naturschutzarbeit

Das bedeutet, daß bei anstehenden Naturschutzprojekten tatkräftig mitangefaßt wird. So werden beispielsweise Hecken und Kopfbäume zurückgeschnitten und neu angepflanzt, Tümpel gesäubert und neu geschaffen, bestimmte Artenschutzmaßnahmen durchgeführt. Das ist B. das Aufstellen von Krötenzäunen und die Anbringung von Nistkästen für die seltenen Schleiereulen und Steinkäuze. Die rege Beteiligung an solchen Projekten zeigt eigentlich, daß viele Leute bereit sind, an Einzelmaßnahmen sich aktiv zu beteiligen.

Ein anderes sehr breites Tätigkeitsfeld ist:
Die naturschutzpolitische Arbeit

Hier geht es darum, in Verwaltung und Politik auf Naturschutzprobleme aufmerksam zu machen und für die Durchsetzung von Naturschutzmaßnahmen oder die Unterlassung von kritischen Eingriffen zu sorgen. Mittlerweile ist es auch so geregelt, daß bei Eingriffen in die Landschaft die Naturschutzverbände gehört werden müssen. Dies allein bedingt aber noch keine Umsetzung unserer Bedenken und Anregungen. Es ist noch viel Aufklärungsarbeit gerade in der Verwaltung zu leisten, da dort Mitarbeiter, die im Natur- und Umweltschutz ausgebildet wurden, noch Mangelware sind. Auch für viele Mandatsträger ist dies noch Neuland.

(hpt) Die SPD-Landtagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, die Gemeinden nicht im Stich zu lassen und ihnen die im Rahmen der Volkszählung entstehenden Kosten zu erstatten. Der Bund habe die Volkszählung veranlaßt, er sei in hohem Maße Nutznießer der geplanten Zählung und müsse daher auch zu einem größeren Anteil die Ko-

Land kämpft für seine Gemeinden

sten übernehmen, als er bisher hierzu bereit sei. Berechnungen haben ergeben, daß die Gemeinden mit einem Kostenaufwand von durchschnittlich 9,50 Mark pro Einwohner, in den Großstädten sogar bis zu 15,- DM rechnen müssen. Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Volkszählung mit einem Betrag von 4,50 DM je Einwohner. □

Josef Tumbrink



Naturschutzverband Münster e.V.

Stadtverband des Deutschen Bundes für Vogelschutz



Da sich aber aufgrund unserer Arbeit schon Einiges bewegt hat, läßt sich z.B. an der Planung für den Hiltruper See verdeutlichen. Hier konnten bei der Überarbeitung der Planung im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit Bezirksvertretung und Gartenbauamt die Naturschutzbelange gegen anderweitige Nutzungsinteressen durchgesetzt werden.

Einen wichtigen Platz in unserer Arbeit nimmt ein:

Die Weiterbildung

So werden eine ganze Reihe von Exkursionen (Wanderungen) zu verschiedenen naturkundlichen Themen durchgeführt (z.B. Vogelstimmen, Pflanzen, Lebewesen im Wald). Diese haben aber keinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern sind so ausgerichtet, daß auch der Anfänger die Tiere und Pflanzen seiner Heimat kennenlernen kann. Im Winter finden allerdings weniger Freiluftveranstaltungen statt, sondern es gibt zahlreiche Diavorträge zu ähnlichen Themen, aber auch über verschiedene Länder und ihre Naturkunde sowie andere umweltrelevante Themen. Mit diesen Veranstaltungen soll das Verständnis für die heimischen Tier- und Pflanzenwelt geweckt werden, denn nur das, was man kennt, kann man auch schützen.

Ziemlich wichtig ist auch:

Die Öffentlichkeitsarbeit

Mit ihr sollen breite Kreise der Bevölkerung angesprochen und informiert werden. Zu diesem Zweck finden regelmäßig Informationsstände statt, werden Zeitungsartikel geschrieben, wird eine Ausstellung errichtet oder ein Zoolehrpfad eingerichtet.

Zweimal im Jahr werden die "Naturschutznachrichten aus Münster" herausgegeben. Dieses Mitteilungsheft, das in einer Auflage von 1200 Exemplaren erscheint, wird kostenlos an Mitglieder und andere Interessenten verteilt.

Eine Investition in die Zukunft und seit Anfang an im Naturschutzbund Münster bedeutsam ist:

Die Jugendarbeit

Sie wird natürlich von den Jugendlichen eigenständig geleistet. Nachdem die Naturschutzjugend Münster Ende 1984 als "Träger der freien Jugendhilfe von der Stadt anerkannt worden ist, müssen die Jugendlichen und Kinder nicht mehr alles aus eigener Tasche finanzieren, sondern können mit Zuschüssen zu Freizeiten und Seminaren rechnen.

Die Naturschutzjugend Münster führt eigene Projekte und Veranstaltungen durch. Dazu gehören Naturschutzaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit oder die Mitarbeit im Stadtjugendring. Wichtig ist natürlich die Gruppenarbeit. Auf Freizeiten, Seminaren und Gruppenabenden. Ziel der Naturschutzjugend ist es, möglichst in allen Stadtteilen eigene Gruppen zu gründen. Ein erster Anfang wurde jetzt in Hiltrup mit der Gründung der ersten Kindergruppe gemacht, und damit ein neues Betätigungsfeld beschritten. Hier wird ein spezielles Programm für die 6 - 12-jährigen angeboten. Die Gruppe trifft sich alle zwei Wochen und hat beispielsweise einen Besuch am

Hiltruper See, einen Mikroskopiernachmittag und einen Besuch im Naturkundemuseum auf dem Programm.

Für alle diese Aktivitäten brauchen wir aktive und fördernde Mitglieder. Wir würden uns daher freuen, auch Sie bei nächster Gelegenheit in unserem Kreis begrüßen zu können. Eine Mitgliedschaft in unserem Verband ist mit 32 DM für Erwachsene und 16 DM für Jugendliche (jährlich) ohne weiteres tragbar.

Nachstehend finden Sie unsere nächsten Veranstaltungen. Vielleicht ist auch für Sie ein interessantes Thema

Veranstaltungskalender des Naturschutzverbandes Münster - Stadtverband des DBV -

Die Veranstaltungen finden statt bei "Altes Gasthaus Homann am Kanal", Wolbecker Straße 154, Münster, soweit nichts anderes angegeben ist.

- Montag, 15. 12. 1986 um 19.00 Uhr
AG "Feuchtgebiete": Offener Dia-Abend; jeder sollte seine Dias zum Thema Feuchtgebiete mitbringen.
- Montag, 5. 1. 1987 um 19.00 Uhr
Naturschutz-Stammtisch: Offener Dia-Abend; jeder sollte seine eigenen Dias mitbringen.
- Sonntag, 11. 1. 1987 um 14.00 Uhr
Winterlicher Waldspaziergang durch Kieseckamps Busch; Treffpunkt: Parkplatz "Zoowiese" an der Sentruper Straße hinter dem Allwetterzoo; Gummistiefel erforderlich!
- Montag, 19. 1. 1987 um 19.00 Uhr
AG "Feuchtgebiete": "Vögel im Schilf" - Diatonschau.
- Montag 2. 2. 1987 19.00 Uhr
Naturschutz-Stammtisch: "Die Rieselfelder in Münster" - Dia-Vortrag
- Montag, 16. 2. 1987 um 19.00 Uhr
AG "Feuchtgebiete": "Säugetiere im Wasser"; Vortrag mit Dias.
- Sonntag, 22. 2. 1987 um 14.00 Uhr
Wersespaziergang; Treffpunkt: Parkplatz Freibad Stapelskotten, Wolbecker Straße/Laerer Werseufer, Münster; festes Schuhwerk ist erforderlich!
- Montag, 9. 3. 1987 um 19.00 Uhr
Jahreshauptversammlung; Mitglieder erhalten eine gesonderte Einladung.
- Montag, 16. 3. 1987 um 19.00 Uhr
AG "Feuchtgebiete": "Der Höckerschwan" - Diavortrag.
- Sonnabend, 21. 3. 1987 um 15.00 Uhr
Führung durch das Naturkundemuseum: "Heimische Tierwelt"; Treffpunkt: vor dem Eingang.
- Montag, 6. 4. 1987 um 19.00 Uhr
Naturschutz-Stammtisch: "Unsere Gartenvögel" - Vertonter Dia-Vortrag.
- Sonntag, 12. 4. 1987 um 19.00 Uhr
Vogelstimmen-Wanderung durch den "Tiergarten"; Treffpunkt: Parkplatz Ecke Alverskirchener Straße/Tiergarten, Münster-Wolbeck



Reinhard Betker



Christiane Eckardt



Wolfgang Krause

Haushalt '87

Wichtiges verschoben auf spätere Jahre

Die Bezirksvertreter der S P D in Hiltrup
Rufen Sie uns an, wenn Sie glauben, daß
wir Sie bei Ihren kommunalpolitischen An-
liegen unterstützen können:
Wolfgang Krause 02501 - 70 461 (privat)
0251 - 832 284 (dienstl.)
Christiane Eckardt 02501 - 3338 (pr.)
02501 - 16 840 (d.)
Reinhard Betker 02501 - 70 764 (pr.)

Zu den Aufgaben der Bezirksvertretung gehört auch die Stellungnahme zu einem Teil des vom Stadtkämmerer vorgelegten Haushaltsplans. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil mit der Bereitstellung von städtischen Geldern im Jahr 1987 darüber entschieden wird, in welcher Form kommunale Aufgaben im kommenden Jahr bewältigt oder auch nicht bewältigt werden können. Dies ist nur auf den ersten Blick eine reine Sachentscheidung; in den meisten Fällen handelt es sich darum, welche Schwerpunkte man setzen will, welche Probleme politisch angegangen werden sollen.

Die S P D-Fraktion in der Bezirksvertretung Hiltrup hat sich ausführlich in einer ganzen Reihe von Fraktionssitzungen mit dem Haushaltsplan und den dort verdeckt erkennbaren politischen Absichten der Mehrheitsfraktionen befaßt.

Nach unserer Auffassung gilt nach wie vor:

Münster ist eine wohlhabende Stadt

Dies erkennt man nicht nur daran, daß die Stadt zu den am geringsten verschuldeten Städten der Bundesrepublik gehört. Die Stadt Münster leistet auch immer noch freiwillig Verzicht auf einen Teil der Steuereinnahmen, deren Höhe sie im vorbestimmten Rahmen selbst bestimmen kann. Im Vergleich zu anderen Städten liegt Münster am unteren Ende der Skala der Hebesätze bei der Grund- und der Gewerbesteuer!

Diese paradiesischen Zustände werden in Kürze ein Ende haben; dies steht zumindest zwischen den Zeilen der Haushaltsrede des Stadtkämmerers geschrieben und wird im Übrigen von CDU-Kommunalpolitikern im privaten Gespräch zugegeben. Die Steueranhebung kommt - wegen der Bundestagswahl - noch nicht 1987, sehr wahrscheinlich aber 1988. Schon heute zeigt sich, daß wichtige kommunalpolitische Aufgaben nicht mehr bewältigt werden können. Die millionenfache Dauerarbeitslosigkeit, die die davon Betroffenen auf Sozialhilfe schließlich angewiesen sein läßt, wird die Situati-

on des städtischen Haushalts noch verschärfen.

Wenn dann die Denkmäler der jetzigen Ratsmehrheit - die Großprojekte Stadtmuseum und Stadtbücherei - rechtzeitig zur Kommunalwahl 1989 fertiggestellt werden sollen, ist die Steuererhöhung unumgänglich. Die Verschiebung von dringend gebotenen Maßnahmen - beispielsweise die Befreiung vieler Bürger von den Belästigungen des täglichen Straßenverkehrs oder auch die Errichtung von Betreuungs- oder Freizeiteinrichtungen für Kinder und junge Erwachsene - sind ein Merkmal dieses Sparhaushaltes, das sich auch besonders nachteilig auf unseren Stadtteil auswirkt. Der Bau von Kinderspielplätzen wird in den meisten Fällen auf die 90er Jahre verschoben. Ehrlicher wäre es, das ohnehin unbedingt Erforderliche zur Verbesserung der Einnahmen unserer Stadt heute zu tun, anstatt die Folgen einer Politik, die in erster Linie zur Sicherung der Macht der jetzigen CDU-Mehrheit im Rat statt den Bedürfnissen der Bürger dieser Stadt dient, eben diesen aufzubürden.

Die S P D-Fraktion in der Bezirksvertretung hat mehr als 20 Anträge zur Änderung des Haushaltsplans eingebracht, die zwei generelle Ziele verfolgen:

1. Städtebauliche und ökologische Überarbeitung und Erneuerung von Teilen unseres Stadtbezirks.
2. Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen im Stadtbezirk.

Die drängendsten Probleme finden sich nach unserer Auffassung im Ortskern Hiltrups. Die kommunalpolitischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die durch den überdimensionierten Ausbau der Bundesbahn- und Kanalüberführung im Osten sowie der Amelsbürener Straße im Westen die dazwischenliegende Marktallee zu einer richtigen Verkehrsschneise haben verkommen lassen, müssen dringend korrigiert werden. Wir halten es auch nicht weiter für hinnehmbar, daß die Anwohner dort dauernd durch Schwerlastverkehr zu den beiden Hiltruper Großindustriebetrieben oder sogar

durch Panzerwagen der Rheinarmee gefährdet werden. Und schließlich können wir uns vorstellen, daß Substanzen, die in ein Chemieunternehmen hinein- und heraustransportiert werden müssen, nicht ständig durch dichtestbesiedeltes Gebiet mit LKWs gefahren werden sollten.

Wir haben daher unseren Antrag gestellt, die Haushaltsmittel für die längst geplante und beschlossene Umgehungsstraße (Verlängerung der Hansestraße zur Max-Winkelmann-Straße) in den Jahren 1987 und 1988 auszugeben, und zwar unabhängig davon, ob die Zuschüsse, die das Land NRW für diese Straße zahlen muß, schon zu diesem Zeitpunkt gezahlt werden könnten. Es sollte lediglich durch Verhandlungen sichergestellt werden, daß die Zuschüsse gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt an die Stadt gezahlt würden. So hätte die dringend erforderliche Umgehungsstraße in den nächsten zwei Jahren fertiggestellt werden können.

Dieser Antrag ist weitgehend an der CDU-Mehrheit in der Bezirksvertretung gescheitert. Zwar wurde unser Antrag, die Gelder für den von der Verwaltung abermals verschobenen Grunderwerb für die Straße wenigstens in 1987 bereitzustellen, beschlossen; an Baukosten wollte die CDU-Fraktion von den erforderlichen 8,5 Millionen lediglich 600.000 DM zur Verfügung stellen. Damit ist klar, daß die Fertigstellung dieser Entlastungsstraße voraussichtlich erst Mitte der 90er Jahre erfolgen wird. Weder die Stadtverwaltung, die im vergangenen Jahr auf Nachfrage der S P D zugeben mußte, noch nicht einmal Anträge für die erforderlichen Baukostenzuschüsse beim Land NRW gestellt zu haben, noch die CDU lassen irgendwelche Bemühungen erkennen, die Angelegenheit voranzutreiben. Im Gegenteil wird der Bau der Straße immer wieder verschoben, weil er ohne grundlegende Veränderung der Haushaltspolitik nicht zu finanzieren ist.

Anwohner und Besucher der Marktallee werden sich also noch eine geraume Zeit mit Gestank und Lärm abfinden müssen. Bleibt zu hoffen, daß der Protest der Bürger gegenüber dieser Haltung der CDU dem-

nächst so stark wird, daß wenigstens vor der Kommunalwahl 1989 mit dem Bau begonnen werden kann.

Kaum neue Spielplätze

Die S P D-Fraktion hatte in der Bezirksvertretung beantragt, die Finanzierung des Baues von wenigstens drei geplanten Kinder-/Bolz-Spielplätzen in den kommenden Jahren sicherzustellen, nämlich den Kinderspielplatz an der Hanses-Ketteler-Straße, die Renovierung des Kinderspielplatzes an der Friedhofstraße, sowie den Bolzplatz für die Kinder der Lange Straße. Die CDU hat diese Vorschläge mit ihrer Mehrheit mit einer besonders heuchlerischen Begründung verhindert. Sie erklärte, man könne bei der derzeitigen Rechtslage keine neuen Kinderspielplätze bauen, da man nicht wisse, in welcher Höhe die Anlieger sich an den entstehenden Kosten beteiligen müssen. Einen Tag nach den Haushaltsberatungen in der BV hat der Deutsche Bundestag das von der CDU eingebrachte neue Bundesbaurecht beschlossen. Eine Kostenbeteiligung der Anlieger an öffentlichen Kinderspielplätzen ist nach weitgehend ausgeschlossen. Der Gesetzentwurf war sicher auch der Hiltruper CDU bekannt. Für ihre Entscheidungsfindung waren daher wohl weniger die Rechtslage als die Lage des städtischen Haushalts relevant.

Kein Städtisches

Jugendheim

Abgelehnt wurde auch der Antrag der S P D-Fraktion, städtische Gelder für die Planung eines weiteren Jugendheims in Hiltrup vorzusehen. Die CDU begründete ihre Haltung damit, daß erstens ein Bedarf für ein solches Heim noch nicht feststehe, und zweitens einem weiteren Jugendheim in Hiltrup von ihr nur dann zugestimmt werden könne, wenn ein geeigneter Träger für ein solches Jugendheim gefunden werden könne. Einem Jugendheim in städtischer Trägerschaft wolle sie aus grundsätzlichen und auch aus finanziellen Erwägungen nicht zustimmen. Diese Auffassung der Hiltruper CDU kann nicht anders als skandalös bezeichnet werden.

Einerseits betreibt sie durch Aufstellung immer neuer Bebauungspläne ein rasches Wachsen des Stadtteils Hiltrup, andererseits will sich jedoch aus der Verantwortung für Kinder und Jugendliche entziehen. Gerade in den neuen Siedlungen West und Emmerbachtal ist ein starker Zuzug junger Menschen zu verzeichnen, entsprechende Freizeiteinrichtungen fehlen jedoch völlig. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Stadt sich aus diesem Bereich zurückzieht. Hiltrup besitzt zwei Jugendeinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Die nun erforderliche Dritte sollte nicht darauf warten müssen, daß sich hier erst wieder ein weiterer Träger finden muß.

Die S P D wird daher in einem detaillierten Antrag die Frage eines weiteren Jugendheims für Hiltrup Anfang 1987 in der Bezirksvertretung zur Diskussion stellen.

Wolfgang Krause

Wolf Michael Catenhusen

für Münster

Seit 1980 arbeite ich als Bundestagsabgeordneter der S P D aus Münster für Sie

● im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie für eine Entwicklung, die der Gesellschaft nützt, etwa bei der Lösung von Umweltproblemen und der Einsparung von Energie.

Technik darf nicht nur zur Verminderung von Arbeitsplätzen entwickelt werden.

● als Vorsitzender eines Sonderausschusses für Gentechnologie. Ich will verhindern, daß der Mensch künftig zum Objekt biologischer Manipulation gemacht wird.

Ich möchte auch meine Arbeit in Münster fortsetzen.

● In der Verkehrspolitik:

Münster braucht keine Schnellstraße im Süden!
Die Anlieger an Bundesfernstraßen müssen besser vor Lärm geschützt werden.

● In der Arbeitsmarktpolitik:

Meine Bemühungen galten einer besseren Beratung von Arbeitslosen durch das hiesige Arbeitsamt.
In Münster stellt sich in besonderer Weise auch das Problem der arbeitslosen Akademikerinnen und Akademiker. Hier darf sich der Staat nicht einer ganzen Generation junger Menschen verschließen.

● In der "Dritte Welt"-Politik:

In Münster engagieren sich viele Menschen in Kirchengemeinden oder Aktionsgruppen für Probleme der "Dritten" Welt. Ich versuche, dieses Engagement vor Ort zu unterstützen und setze mich auch für die Belange der Völker Zentralamerikas ein, insbesondere für das befreite Volk von Nicaragua.

Ich bitte Sie am 25. Januar um Ihr Vertrauen, mit der Zweitstimme für Johannes Rau, mit der Erststimme für einen Wechsel in Münster. Hier fällt die Entscheidung nur zwischen mir und dem CDU-Kandidaten. Erststimmen an Dritte sind verschenkte Stimmen.

Wolf-Michael Catenhusen, MdB



Ich bin 41 Jahre alt, evangelisch, seit 16 Jahren verheiratet. Mein Sohn ist 13, meine Tochter 6 Jahre alt. Nach meinem Studium wurde ich Lehrer für Geschichte, Latein und Politik am Gymnasium. Seit 1980 vertritt ich Münster im Deutschen Bundestag. Ich arbeite seitdem im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie. Die sozialverträgliche Gestaltung der Technik ist mein wichtigstes Ziel. Ich habe mich dabei insbesondere für die Entwicklung umweltfreundlicher Energietechnologien, die Förderung der Friedensforschung und eine kritische Aufarbeitung der Chancen und Risiken der Gentechnologien stark gemacht. Durch meine Initiative wurde ein Sonderausschuß, die Enquête-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" eingerichtet, die unter meinem Vorsitz Vorschläge erarbeitet, wo der Anwendung der Gentechnologie Grenzen gesetzt werden müssen.

Ich unternehme gern Radtouren, kaufe auf dem Wochenmarkt am Domplatz ein und koche gern, vorzugsweise italienisch - nur läßt mir dafür die Politik wenig Zeit.



Wir wünschen
 allen Leserinnen und Lesern, daß Sie gut durch den Winter kommen und am 25. Januar 1987 nicht ins Schleudern geraten!

Weihnachtsbaumhain die Zähne ziehen

(hp) Die SPD-Landtagsfraktion will den sogenannten Weihnachtsbaumhain die Zähne ziehen. Eine Änderung des Landschaftsgesetzes soll sicherstellen, daß vor allem im Sauerland, aber auch in der Eifel die Landschaft nicht verödet, weil großflächig nur noch schnellwachsende Fichten für das Weihnachtsgeschäft angepflanzt werden.

„Damit wird landwirtschaftliche Fläche für andere Nutzungen unbrauchbar gemacht“, stellte Johannes Gorias, Vorsitzender des Arbeitskreises Land- und Forstwirtschaft der SPD-Landtagsfraktion fest. Der Naturhaushalt werde aus dem Gleichgewicht gebracht und die Landschaft verschandelt, wenn, wie auf den beiden Fotos, ganze Hänge und Äcker nur noch in Monokultur betrieben würden.

So soll per Gesetzesänderung die großflächige Weihnachtsbaumproduktion unterbunden werden. Kleineren landwirtschaftlichen Betrieben aber solle die Möglichkeit eines Nebenerwerbs erhalten bleiben. □



SPD-Antrag ging durch

Nach jahrelangem Ringen um die Entschärfung des Verkehrsschwerpunktes Nummer 1 in Amelsbüren, die Kreuzung Davertstraße / Auf der Woort / Ottmarsbocholder Straße, ist es den SPD-Bezirksvertretern in der BV gelungen, einen Haushaltstitel für die Errichtung dieser wichtigen Ampelanlage zu erreichen. Vorausgegangen war, wie in jedem Jahr, eine Diskussion mit der CDU über die Notwendigkeit der Anlage. Besonders der CDU-Ratsherr Waltermann hielt in einer längeren Erklärung dies immer noch für prüfenswert. Die Verkehrsexperten sollten seiner Meinung nach von den Politikern überzeugt werden. Dies war jedoch bisher weder bei den jährlichen Verkehrsbereisungen noch in den Haushaltsdebatten gelungen. Noch im vergangenen Jahr hatte daher die CDU ihre Zustimmung zum Antrag der SPD verweigert. Eine Überraschung gab es bei der Abstimmung: einige Vertreter der CDU hatten offensichtlich dazugelernt; mit Stimmen der SPD, GAL und vier CDU-Vertretern wurde der Antrag angenommen. Es bleibt zu hoffen, daß sich auch im Rat der Stadt eine Mehrheit für die Sicherheit der Amelsbürener Bürger finden wird.

Friedhelm Schade



tz. München

Lieb Vaterland, magst ruhig sein ...

Der ARBEITSKREIS UMWELT der SPD-Ratsfraktion in Münster hat sich intensiv mit den Folgen des Reaktorunfalls in der Ukraine beschäftigt. Das Ergebnis sind umfangreiche Vorschläge mit deren Hilfe die Stadtverwaltung in die Lage versetzt werden soll, in Zukunft besser mit Problemen aus radioaktiver Belastung umgehen zu können. Christian Jung, umweltpolitischer Sprecher der SPD in Münster-wohnhafte bei uns in Hiltrup formuliert den Ausgangspunkt der Überlegungen folgendermaßen:

„Die Menge an radioaktivem Material, das bei dem Reaktorunfall in Tschernobyl in die Atmosphäre gelangt ist, und sich von dort verbreitet hat, wurde in ihren Auswirkungen lange unterschätzt.

Aus der wissenschaftlichen Diskussion ergibt sich zur Zeit, daß von Forschern und Fachbehörden bei allen Unfallszenarien nie mit einer derart weitreichenden Ausbreitung durch Auftrieb und Wind gerechnet wurde. Vor allem durch Niederschläge traten in vom Unfallort weit entfernten Regionen hohe radioaktive Belastungen auf, die in dieser Intensität nicht erwartet wurden. Aufgrund der langen Halbwertzeiten einiger Isotope besteht diese deutliche Erhöhung der radioaktiven Strahlung noch für lange Zeit.

Die intensive Diskussion über die weitere Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken hat zu der Feststellung geführt, daß der absolute Ausschluß eines Unfallrisikos in Kernkraftwerken nicht gewährleistet ist. Streit besteht lediglich über die Wahrscheinlichkeit eines solchen „Restrisikos“ und über die Frage, wie weit dieses Risiko gesellschaftlich zu tragen ist. Abgesehen von der schwierigen Bewertung des Sicherheitsstandards der in Europa errichteten Kernenergieanlagen (z. B. Cattenom, Windscale) steht fest, daß die allgemeine Belastung durch radioaktives Material noch ständig steigt. Im Zusammenhang mit dem Betrieb von Kernkraftanlagen und anderen kerntechnischen Anlagen geraten in bedrohlicher Weise zunehmend radioaktive Partikel durch Abwässer und Verpuffungen sowie Transportrisiken in die Umwelt.“

Problem RADIOAKTIVITÄT

Aus dieser Einschätzung heraus kommt die SPD-Fraktion zu einer Reihe von Maßnahmen. Sie schlägt die regelmäßige Messung der radioaktiven Belastung von Lebensmitteln vor und ein Programm zur Messung von Radioaktivität in Luft und Boden.

Einige Städte (z.B. Frankfurt) und die meisten Länder haben solche Meßprogramme eingeführt, teilweise werden die Zahlen auch veröffentlicht. Fachleute sind bei der Auswertung der Ergebnisse immer wieder davon überrascht, daß häufig Lebensmittel auftauchen, die enorm hohe Belastungen aufweisen und auf keinen Fall verzehrt werden dürfen.

Die Ursachen lassen sich zwar meistens erklären (sogenannte „Anreicherung“ in der Nahrungsmittelkette), sie zeigen gleichzeitig, daß es noch längst nicht erlaubt ist, wieder zum Alltag überzugehen.

Die Verwaltung unserer Stadt wird außerdem aufgefordert, zusammen mit anderen Behörden ein Vorsorgesystem aufzubauen. Es geht vor allem darum, bei erneut auftretenden Gefahrensituationen besser vorbereitet zu sein. So sollte z.B. überlegt werden, auf welche Art und Weise die Bürger Münsters schneller gewarnt werden können, auf welche Art und Weise Verhaltensvorschläge (z. B. für Regenfälle, Gartenarbeit, Sport) gegeben werden können und wie einzelne sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden können.

So sollte die Stadtverwaltung darauf vorbereitet sein, im Notfall Kinderspielplätze, Sportanlagen und Freibäder zu schließen.

Keinesfalls, so unsere SPD-Fraktion, darf es erneut vorkommen, daß die Stadtverwaltung einem Ereignis wie Tschernobyl völlig hilflos gegenübersteht. Christian Jung



Wasserwirtschaft

Christian Jung vertritt das Ostviertel seit 1979 im Rat der Stadt Münster. Er ist Mitglied im Bauausschuß (stellv. Vors.), im Planungsausschuß und Sportausschuß. Als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion hat er sich besonders dafür eingesetzt, daß mehr Grün in die Innenstadt, vor allem in die Wohnstraßen, kommt. Eine bessere Wohnqualität im Ostviertel und der Schutz der Landschaft in und vor der Stadt sind seine kommunalpolitischen Schwerpunkte.



Im Rat der Stadt Münster wird zur Zeit ausgiebig über Wasser diskutiert. Es geht weniger um den Durst der Ratsmitglieder als vielmehr um die vielen Erscheinungsformen, mit denen ein städtisches Tiefbauamt und Planungsamt zu tun hat: Trinkwasser, Brauchwasser, Regenwasser, Abwasser, Grauwasser, Grundwasser ...

Die Verseuchung des Rheinwassers durch Chemikalien hat für viele wieder erschreckend deutlich gemacht, wie schnell unsere Trinkwasserversorgung gefährdet sein kann. Wer die Mitteilungen über die Chemieunfälle am Rhein aufmerksam gelesen hat, konnte feststellen, daß das Rheinwasser-Uferfiltrat benötigt wird, um den hohen Nitratgehalt der örtlichen Wasserversorgung auszugleichen.

Was hat das Rheinwasser mit Münster zu tun?

Zunächst einmal die Beruhigung für uns, daß die Giftwelle an uns vorbeirauscht; gleichzeitig auch die Erkenntnis, daß die Trinkwasserversorgung nicht nur durch Unfälle der Großchemie in Gefahr gerät. Heute wissen wir, daß das Grundwasser in Qualität und Menge aus vielen Gründen beeinträchtigt wird. Das betrifft uns in Münster und vor allem auch in Hilstrup.

Vennheide und Hohe Ward sind mit ihren Pumpwerken wichtige Wasserversorgungsgebiete, sie liegen auf dem münsterschen Kiessandzug. Fachleute weisen immer eindringlicher darauf hin, daß ein solches oberflächennahes Grundwasservorkommen wie auf dem Kiessandzug (ein schmaler langer Gebietsstreifen zwischen Sprakel und der Hohen Ward) ganz besonders geschützt werden muß. Was dort in den Boden gelangt, dringt in kurzer Zeit ins Grundwasser.

Öl, Abwasser, Verkehrsschmutz, Blei und andere Schwermetalle, Dünger, Gülle und Pflanzenschutzmittel machen die Trinkwasseraufbereitung immer schwieriger.

In den Fachausschüssen des Rates wird in diesen Monaten eine umfangreiche Ausarbeitung "Wasserwirtschaftskonzept" beraten. Alle Ge-

sichtspunkte, die bei der Verbesserung der Wasserqualität zu berücksichtigen sind, werden hier behandelt. Werden die dort aufgeführten Vorschläge in die Tat umgesetzt so ergeben sich ganz erhebliche Folgerungen für Hilstrup:

● Die Westfalenstraße muß bis zum Preußenstadion in eine völlig dichte Betonwanne gelegt werden.

● Der Autoverkehr muß im Bereich Vennheide deutlich verringert werden.

● In Bezug auf das Gelände zwischen der Alten Kirche und Vennheideweg ist über die zukünftigen Nutzungen neuerlich nachzudenken.

K o n s e q u e n t e r W a s s e r s c h u t z h e i ß t i n s o l c h e n B e r e i c h e n : k e i n e G e w e r b e g e b i e t e , k e i n e S t r a ß e n , k e i n e W o h n b e a u u n g . Christian Jung

Weihnachtsgeld in falschen Kassen

(cg) Advent und Weihnachten sind Tage der Besinnung und Inneren Einkehr. Eine Zeit also, in der Millionen von Menschen nachdenken werden. Nachdenken befähigt viele Menschen dieser Tage auch angesichts ihrer Lohn- oder Gehaltsmitteilungen. Angesichts erheblicher Abzüge sinnen sie nun darüber nach, was die Regierung Kohl-Bangemann mit dem Weihnachtsgeld von Otto Normalverbraucher gemacht hat.

Denn seit Weihnachten 1984 wird das Weihnachtsgeld stärker in die Beitragspflicht zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung einbezogen. Und das bei den höchsten Sozialversicherungsbeiträgen, die es seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt!

Wer zum Beispiel 3 500 DM im Monat verdient und auch soviel Weihnachtsgeld bekommt, dem werden allein in diesem Jahr zusätzlich 330 Mark abgeknöpft. Wer allerdings ein stolzes Einkommen von mehr als 5 500 Mark hat, der wird nicht zusätzlich zur Kasse gebeten.

Und so, wie beim Weihnachtsgeld, ist das auch beim Kindergeld, beim Urlaubsgeld und bei der sogenannten „Steuerreform“: Die Normalverdiener werden geschöpft. Wer etwas mehr hat, der wird geschont und wer viel hat, dem wird gegeben.

Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag: „Diese Politik der sozialen Ungerechtigkeit wollen wir stoppen. Darum brauchen wir am 25. Januar 1987 eine Mehrheit für soziale Gerechtigkeit. Das kann nur eine Mehrheit für Johannes Rau und die SPD sein.“ □

Handeln vor Ort:

Aktion sicherer Schulweg

Mitglieder der S P D-Fraktion in der Bezirksvertretung haben sich gemeinsam mit Eltern über die Schulwege zur Marienschule informiert. Dabei wurden eine Reihe von erheblichen Sicherheitsmängeln festgestellt!

Kinder aus dem Baugebiet am Herzkamp sind auf der Oststraße stark gefährdet, weil es keinen Rad- und Fußweg gibt, und deshalb der auch von Autos befahrene Mehrzweckstreifen benutzt werden muß. Kurzfristig ist hier die Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 km/h auf 50 km/h dringend geboten. Statt des Mehrzweckstreifens muß ein von der Fahrbahn getrennter Rad- und Fußweg angelegt werden. Damit würde auch das heute notwendige häufige Überqueren der vielbefahrenen Straße entfallen.

Fußgänger und Radfahrer, die im Verlauf des Osttors die Rubensstraße überqueren, müssen unbedingt vor den in Richtung Emmerbachtal fahrenden Autos durch Erweiterung der Ampelanlage geschützt werden. Besonders kleinere Kinder sind überfordert, wenn sie beurteilen sollen, ob ein auf der Straße Osttor fahrendes Auto in die Rubensstraße einbiegen will und sie möglicherweise beim Überqueren der Straße gefährdet.

Die Radwegekreuzung Osttor/Meinenkampstraße muß durch Aufstellen eines STOP-Schildes mit deutlichem Hinweis auf kreuzende Radfahrer besser gesichert werden. Hier ist es bisher häufig zu Beinahezusammenstößen gekommen, weil die aus der Meinenkampstraße kommenden Autofahrer die Vorfahrt der Radfahrer mißachten.

Die Grünphasen der Fußgängerampeln am Osttor sind so kurz geschaltet, daß Gruppen von Kindern auf dem morgendlichen Schulweg schon auf der Straßenmitte Rotlicht erhalten. Dies ist besonders problematisch, weil in der Verkehrserziehung gelehrt wird, Straßen nur bei GRÜN und NIE bei ROT zu überqueren. Auf dem täglichen Schulweg sehen die Kinder jedoch, daß gerade dies dort nicht möglich ist.

Die S P D-Fraktion hat wegen der Änderungen an den Ampeln die Stadtverwaltung bereits um Abhilfe gebeten. Darüberhinaus soll das Thema "Schulwegsicherung" in der Bezirksvertretung noch einmal ausführlich behandelt werden. Wir bitten daher alle E L T E R N, die weitere Gefahrenpunkte kennen oder Vorschläge zu machen haben, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

ANSCHRIFT: S P D-Fraktion in der BV Hilstrup zu Händen Wolfgang Krause
Thomas-Mann-Weg 15
4400 Münster-HILSTRUP

Hinderseite

Wißt Ihr, wie man aus einem Korken ganz einfach einen Wichtelmann basteln kann?

Ihr braucht dazu: 1 Korken,



etwas braunen Filz,
Watte, Filzstifte und
Kleber.



Dem Korken umklebt Ihr mit einem Streifen Filz, aber so, daß oben ein Stück als Kopf freibleibt. An den oberen Rand des Korkens klebt Ihr nun einen Wattering. Das sollen die Haare sein. Darunter malt Ihr mit Filzstiften das Gesicht. Dann klebt Ihr etwas Watte als Bart unter das Gesicht.

Für den Hut habe ich Euch eine Schablone gemacht. Die könnt Ihr auf dem Filz legen, nachmalen und ausschneiden.



Nun klebt Ihr den Hut auf die Wattehaare - fertig!



Neujahrsnacht v. Josef Guggenmos

Diese Nacht ist ein Fluß.

Mein Bett ist ein Kahn.

Vom alten Jahr stoße ich ab.

Am neuen lege ich an.

Morgen spring ich an Land.

Dies Land, was ist's für ein Ort?

Es ist Keimot, der's weiß.

Keiner war vor mir dort.